

# 1497 bekamen Asyl in Österreich

## UNO-Hochkommissariat kritisiert, Innenminister lobt neues Gesetz

Wien – Innenminister Franz Löschnak sieht Österreich mit seiner Asylpolitik im „europäischen Spitzenfeld“ plazierte. „Die Zielsetzungen der Gesamtreform konnten erreicht werden“, sagte Löschnak zum Dreikönigsfest und präsentierte die Zahlen jener, die seit Inkrafttreten des neuen Asylgesetzes im Juni 1992 in Österreich Asyl fanden.

Laut Löschnaks Berechnungen wurden 19,29 Prozent der Asylanträge anerkannt. Das sind 1497 Positiv-Erledigungen von insgesamt 10.879 Anträgen. Die Hauptherkunftsländer der Asylwerber waren Bosnien-Herzegowina, der Irak, Restjugoslawien und die Türkei.

Kritik am Asylgesetz gab es dagegen vom UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR). Die Zahl der Asylanträge sei deutlich zurückge-

gangen. Staffan Bodemar, UNHCR-Vertreter in Österreich, meint, daß das Bundesasylamt die eigentlichen Fluchtgründe der Asylwerber nur schnell und vereinfacht prüfe – damit werde man den Schicksalen oft nicht gerecht.

Das Asylgesetz müsse geändert werden, appellierte Bodemar an das Parlament. Einer Rückweisung von Asylwerbern in sogenannte „sichere Drittländer“ müsse eine Überprüfung vorangehen, ob in diesem Land auch eine sichere Aufnahme des Flüchtlings zu erwarten sei. Der UNHCR räumt Österreich zwar eine Liberalisierung der Vollzugspraxis ein, sieht aber nach wie vor rechtliche Schranken.

Die Grüne Migrationssprecherin Terezija Stoisits bezeichnete Löschnaks Zahlen als „Jubelmeldung in eigener Sache“ und „blanken Zynismus“. Im Vergleich zu früher

komme überhaupt nur mehr ein Viertel der Flüchtlinge dazu, einen Asylantrag zu stellen – der Rest würde bereits vorher abgeschoben.

Die Flüchtlingsbeauftragte der ÖVP, Marilies Flemming, meinte dagegen, der Rückgang der Asylantragszahlen bedeute keineswegs, daß Österreich nicht Asyl gewähren wolle. Das zeige nur, daß der Mißbrauch früher sehr groß gewesen sei. (red)

hd.v.z.

**NEUE VOLKSGRUPPENPOLITIK** Mit Unterstützung aus dem Europarat wird am 18. Jänner in Klagenfurt eine Plattform für nichtnationalistische Strömungen in der Volksgruppenpolitik mit der Bezeichnung „Vinzenz-Rizzi-Gesellschaft“ gegründet. Die Initiative kommt aus dem linksliberalen Zentralverband der Kärntner Slowenen und aus Kreisen der Klagenfurter Universität. Die Plattform orientiert sich an der Wiener Erklärung des Europarates, die Minderheitenrechte als kulturelle Menschenrechte definiert.

Nf.v.z.

## Schützenhilfe aus Südtirol für die Ungarn

Bozen – Das Südtiroler Büro der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat am Sonntag die Haltung der slowakischen Regierung gegenüber der ungarischen Minderheit heftig kritisiert und in einem Schreiben an den Europarat und das slowakische Parlament die sofortige Verwirklichung der vom Europarat gesetzten Auflagen verlangt.

Die Ungarn wollten mit ihrer Forderung nach „Sonderstellung“ unter anderem verhindern, daß ihre Gebiete in der anstehenden Territorialreform mit rein slowakischen Bezirken in größeren Einheiten zusammengefaßt werden, wie dies nach dem Zweiten Weltkrieg mit Südtirol durch die Bildung der Region Trentino/Südtirol geschehen sei. Diese Bestrebung der Ungarn halte die GfbV für „mehr als legitim“. (APA)

10.1.94